



**Vonlanthen Ruedi, Portmann Isabelle**

Bundesasylzentrum Guglera

Mitunterzeichner: ---

Datum der Einreichung: 01.02.2016

DSAS

**Begehren**

Es ist bald ein Jahr seit der sogenannten Informationssitzung über das 1. Bundeszentrum in der Guglera, Giffers, vergangen. Zudem wurde mir von der Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga mit Schreiben vom 10. Juni 2015 zugesichert, das die Gespräche bald abgeschlossen seien und alles geregelt werde. Auch hat uns der Staatsrat in seiner Antwort vom 22. Juni 2015 gute Lösungen in Aussicht gestellt.

In einigen Monaten sollen die ca. 300 Asylsuchenden in der Guglera einziehen, und die betroffene Bevölkerung und deren Behörden wissen heute nicht mehr als vor einem Jahr. Wir sind daher verpflichtet folgende Fragen an Sie zu richten:

1. Wie weit hat die Arbeitsgruppe, welche vor allem für die Kompensationsmassnahmen für die betroffenen Gemeinden und die Übernahme der zusätzlichen Kosten durch die betroffene Gemeinde für das Erstellen von verschiedenen Infrastrukturen (siehe Antwort III. 7 und 8.) zuständig ist, den Vereinbarungsentwurf ausgearbeitet?
2. Welche Art von Bundeszentrum (Verfahrens- oder Ausreisezentrum) ist in der Guglera nun vorgesehen? Wenn der Bund für ein Gebäude 19 Millionen ausgibt, müssen er und der Kanton doch wissen, für welchen Zweck es gebraucht werden soll.
3. In der Antwort des Staatsrates ist von Bau- und Ausbauarbeiten der Guglera die Rede. Was für Arbeiten und in welcher Höhe sind diese vorgesehen?
4. Der Staatsrat hat der Direktion für Gesundheit und Soziales und der Finanzdirektion den Auftrag erteilt, eine Pauschalentschädigung für die Gemeinde Giffers, wegen den besonderen Aufgaben, zu prüfen. Hat sich der Staatsrat in dieser Sache einigen können, und welchen Vorschlag hat die Bevölkerung von Giffers zu erwarten (siehe Antwort III. 5.)? Die Höhe muss sich nach der Art des Bundeszentrums richten.
5. Gemäss Antwort des Staatsrates werden die Kinder nicht in die Schule Giffers-Tentlingen eingeschult. Asylanten, welche aber den Flüchtlingsstatus erhalten oder solche die zurzeit noch nicht ausgewiesen werden können, werden auf die Gemeinden verteilt. Wie sieht dieser Verteiler aus?
6. Der Staatsrat schreibt weiter in seiner Antwort, dass die Gemeinde niemals Soziallasten zu tragen hat und die medizinische Versorgung durch den Bund geregelt sei. Wo werden diese Sozialkosten verbucht, und werden die Kosten für die medizinische Versorgung durch unsere Krankenkassen bezahlt?
7. Das Schweizerische Asylwesen ist der einfachste Weg, um ohne notwendige Bewilligung einzureisen und unterzutauchen, können wir aus der Zeitung "20 Minuten" vom 17. Januar 2016 entnehmen. Es besteht ein gravierendes Sicherheitsproblem, heisst es weiter. Personen, auch

abgewiesene Asylbewerber, können sich illegal in der Schweiz aufhalten, können auf dem Schwarzmarkt arbeiten, als Drogenhändler tätig sein oder gar terroristische Anschläge planen. Was unternimmt der Staatsrat, um diese Sicherheitslücke zu schliessen? Nach den letzten Vorfällen im In- und Ausland müssen wir mit erheblichen Sicherheitsproblemen rechnen, obwohl es der Staatsrat (siehe seine Antwort auf I.4) nicht wahrhaben will. Wie will der Staatsrat Vorkommnisse wie in Paris, Köln, Hamburg, Zürich usw. verhindern? Welche Massnahmen sieht er vor um unsere Bevölkerung zu schützen? Sollte in der Guglera ein Ausreisezentrum entstehen, so muss diesem Umstand besonders Rechnung getragen werden.

Wir danken dem Staatsrat für eine rasche beruhigende Antwort. Wir bitten Sie, endlich zu handeln und die betroffene Bevölkerung nicht im Ungewissen zu lassen. Mit Abwarten bauen Sie kein Vertrauen auf.

---